

DIE LINKE. BRANDENBURG, Alleestraße 3, 14469 Potsdam

Agentur 4iMEDIA
Magazin „tacheles“

Per Mail

Landesvorstand Brandenburg
Alleestraße 3
14469 Potsdam

Telefon 0331 / 20 00 90
Telefax 0331 / 20 00 910

lgf@dielinke-brandenburg.de
www.dielinke-brandenburg.de

Mittelbrandenburgische Sparkasse
Konto-Nr. 1000969068
BLZ 16050000

IBAN DE43 1605 0000 1000 9690 68
BIC WELADED1PMB

Potsdam, 12.04.2019

Statement Gesundheitspolitik DIE LINKE. Brandenburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Anschreiben vom 28.03.2019 baten Sie Herrn Christoffers und Frau Fortunato aus unserer Landtagsfraktion um die Beantwortung von Fragen zu unseren Zielstellungen im Bereich der Gesundheitspolitik im Hinblick auf die Landtagswahl 2019. Da der Entwurf unseres Landtagswahlprogramms erst am 27.04.19 durch den Landesvorstand verabschiedet wird, erfolgt die Beantwortung der Fragen im Vorgriff auf unsere Beschlussfassung.

Die Antworten im Einzelnen finden Sie im Anhang. Für Rückfragen stehen wir natürlich zur Verfügung.

Herzliche Grüße,



Stefan Wollenberg

Landesgeschäftsführer

1) Welche Pläne hat Ihre Partei in Bezug auf die flächendeckende Gesundheits- und Arzneimittelversorgung in Brandenburg, vor allem in den ländlichen Regionen des Bundeslandes?

2) Wie lässt sich aus Ihrer Sicht künftig der Bedarf an pharmazeutischen Fachkräften sichern? Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zu einem Studiengang Pharmazie in Brandenburg sowie einer zweiten Schule für die Ausbildung Pharmazeutisch-technischer Assistenten?

Die Gesundheits- und Arzneimittelversorgung stellt in einem Flächenland wie Brandenburg völlig andere Anforderungen an alle Akteure als in einem Ballungszentrum wie z.B. im Nachbarland Berlin.

In Brandenburg haben wir eine gesundheitliche Versorgungslandschaft mit sehr vielfältigen Angeboten. Sie reichen unter anderem von der Einzel- über Gemeinschaftspraxen, Bereitschaftspraxen, Ärztehäusern bis hin zu Medizinischen Versorgungszentren. Außerdem werden mit Hilfe neuer Technik die mobilen und telemedizinischen Dienste ausgebaut.

Ein weiterer und wichtiger Versorgungsschwerpunkt sind die sogenannten AGNES Schwestern. Der Name steht für die 2012 zunächst in Brandenburg versuchsweise eingeführte Tätigkeit der sogenannten „Fallmanager in der ambulanten medizinischen Versorgung“. Diese Fachkräfte können besonders im ländlichen Raum Ärztinnen und Ärzte von bürokratischen und weiteren Aufgaben entlasten.

In der Summe sind diese verschiedenen Angebote zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen.. Ergänzt werden sie durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst, der aus unserer Sicht dringend gestärkt werden muss. Dabei geht es besonders um die Kinder – und Jugendmedizin sowie Aufklärungskampagnen rund ums Impfen.

Um dem Ärztemangel insbesondere in ländlichen Gebieten entgegenzusteuern, muss das bereits geplante und auch schon finanziell untersetzte Landärzte-Programm zügig umgesetzt werden. In Brandenburg wie auch bundesweit gibt es zudem zu wenige Hebammen. Deshalb haben wir Geld in die Hand genommen, um mehr Geburtshelfer*innen für das Land zu gewinnen.

Außerdem fordern wir eine mitberatende Stimme für das Land in der regionalen Bedarfsplanung, um auf konkrete Gegebenheiten vor Ort schneller und mit Kompetenz reagieren zu können. Eine großräumige Planung, die regionale Voraussetzungen nicht berücksichtigt, lehnen wir ab.

Der Erhalt aller Krankenhausstandorte ist für uns seit Jahren ein zentraler Schwerpunkt. Gerade kleine Häuser im ländlichen Raum sind wichtige Gesundheitsanker für die dort lebenden Menschen, jung wie alt. Hier brauchen wir eine entsprechende Umgestaltung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Mit dem verabschiedeten Doppelhaushalt 2019 – 2020 sind die Pharmazeuten-Stellen des Aufsichtsdezernates des LAVG aufgestockt worden. Weitere Stellen sind ausgeschrieben. Außerdem wird mehr Geld für die Ausbildung bereitgestellt: von 372.500 € im Jahre 2018 auf 433.200 € für 2020. Dies sind wichtige Schritte, weitere müssen folgen.

Schnellschüsse sind - wie so oft - auch hier wenig hilfreich. Zunächst ist eine solide Analyse notwendig, die das Wissenschaftsministerium jetzt kompetent erarbeitet. Sollte sich herausstellen, dass ein valider Bedarf an pharmazeutischen Fachkräften besteht, der mit den jetzigen Kapazitäten nicht zu decken ist, werden wir dies zügig auf die Tagesordnung setzen und Lösungen erarbeiten.